

INFOPERU Nr. 48

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

03.01.2017

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial (Hildegard Willer)
2. Der deutsch-peruanische Gegenwartfonds stellt nach 13 Jahren seine Arbeit ein (Jimi Merk)
3. Präsident PPK: eine erste Bilanz (Rosa Ramírez)
4. Erdöllecks im Regenwald: Abkommen zwischen Regierung und Indigenen
5. Erstmals Nachrichten in Quechua
6. Peruanische Medien in den Händen weniger
7. Oligopole bestimmen Perus Wirtschaft – Interview mit Francisco Durand
8. Die Uniform macht´s (Heinz Schulze)
9. Pishtacos in Lima (Wilfredo Ardito)
10. Post-Extraktivismus oder Fortschritt mit Bergbau: eine Debatte (E. Gudynas/G. Alarco)
11. Veranstaltungen

1. Editorial – Odebrecht, Bildung und Linke

Liebe Leserin, lieber Leser,

das politische Jahr 2016 ging in Peru mit einem Paukenschlag zu Ende, der auch dieses Jahr 2017 bestimmen wird. Im Zusammenhang mit den Korruptionszahlungen des brasilianischen Bauunternehmens Odebrecht, wurde bekannt, dass Odebrecht auch 29 Millionen US-Dollar an peruanische Amtsträger und Beamten gezahlt hat.

Odebrecht gewann in den letzten 16 Jahren zahlreiche Ausschreibungen für öffentliche Grossaufträge in Peru; den Bau verschiedener Fernstrassen im IIRSA-Projekt (u.a. die Carretera Interoceánica); den Bau der Metrolinie in Lima, den Bau der Grossbewässerung von Olmos und viele weitere öffentliche Infrastrukturvorhaben (Eine komplette Liste haben die jungen Reporter

von IDL-Reporteros hier zusammengestellt: <https://idl-reporteros.pe/los-contratos-de-odebrecht-en-peru/>). Wie man nun weiss, sind dabei hohe Korruptionssummen geflossen.

Die entscheidende Meldung kam aus den USA. Ein ehemaliger Mitarbeiter von Odebrecht gab gegenüber den US-amerikanischen Justizbehörden nicht nur an, wie die Bestechungen abliefen, sondern auch in welche Länder Zahlungen geleistet wurden. Die grosse Frage in Peru ist nun: wer hat die Bestechungsgelder bekommen ? Welche Beamten ? Sogar die Präsidenten selber ? Bis jetzt ist nur bekannt, dass Odebrecht von 2005 - 2014 Bestechungsgelder in Peru bezahlt hat, also während dreier Regierungsperioden: Toledo, García und Humala. Alle drei Ex-Präsidenten stehen nun im Verdacht, Korruptionssummen angenommen zu haben.

Der Odebrecht-Fall kommt an Bedeutung dem Montesinos-Fujimori-Korruptionsfall vor 17 Jahren gleich. Es ist zu hoffen, dass die peruanischen Justizbehörden mutig und unabhängig genug sind, die Untersuchung zügig durchzuführen.

Die ersten fünf Amtsmonate der neuen Regierung von Pedro Pablo Kuczynski waren für viele eher enttäuschend. Besonders traurig finde ich, dass die Bildungs- und Universitätsreform - eines der Glanzstücke der ansonsten eher glanzlosen Humala-Regierung - in Gefahr ist, rückgängig gemacht zu werden. Dazu muss man wissen, dass die Mehrzahl der peruanischen Universitätsstudierenden kommerzielle Privatuniversitäten besuchen, deren oberstes Ziel nicht die Qualität der Bildung, sondern nur der Gewinn für die Eigentümer ist. Mit den Auflagen des neuen Universitätsgesetzes müssten mehr als eine dieser Universitäten Einbussen hinnehmen oder sogar schliessen.

Mehrere Eigentümer von Privatuniversitäten sind im peruanischen Parlament vertreten, vor allem auf Seiten der Fujimori-Fraktion. Sie haben nun den Bildungsminister gestürzt, in der Absicht, damit später auch das neue Universitätsgesetz zu Fall zu bringen. Lesen Sie dazu auch den Artikel von Rosa Ramírez in dieser Aufgabe über die Bilanz der Regierung PPK.

Eine weitere, enttäuschende Nachricht zu Beginn des Jahres 2017: die linke "Frente Amplio", die mit 20 Abgeordneten einen grossen Wahlsieg eingefahren hatte, und der viele Mitglieder der Infostelle nahestehen, ist in Gefahr auseinanderzubrechen. Die Anhänger von Marco Arana (Tierry y Libertad) und Veronika Mendoza konnten sich nicht auf eine gemeinsame Partei einigen und nehmen je eigene Wege. Dies schwächt auch die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Parlamentsfraktion.

Peru steht 2017 vor grossen Herausforderungen. Das soll uns aber nicht davon abhalten, viele positive Schritte und Projekte zu sehen, die Peru letztes Jahr gegangen ist, und in denen wir in diesem InfoPeru auch berichten: die erste Nachrichtensendung in Quechua, die Abkommen zur Sanierung der Erdöl-Verschmutzung, oder die Gerichtsurteile zu den Massakern von Bagua oder Accomarca.

Noch ein Wort in eigener Sache: damit der InfoPeru weiterhin möglichst viele Peru-Interessierte erreicht, laden wir Sie ein, Themenvorschläge und Kommentare zu schicken. Sie können das entweder auf der Webseite oder der Facebook-Seite der Infostelle tun, oder direkt an newsletter@infostelle-peru.de

Hildegard Willer

(Redakteurin InfoPeru)

2. Der deutsch-peruanische Gegenwartfonds stellt nach 13 Jahren seine Arbeit ein

Die Infostelle Peru war massgeblich beteiligt an der Implementierung dieses kreativen und effizienten Instruments der Schuldenumwandlung.

Anfang der 90-er Jahre hatte Peru Auslandsschulden bei Regierungen und Banken von über 35 Milliarden DM (knapp 18 Milliarden Euro) und musste 40% seines Staatshaushaltes für den Schuldendienst aufwenden.

Gegenüber Deutschland hatte Peru damals einen Schuldenstand von ca. 1 Milliarde DM (511 Millionen Euro), davon waren 700 Millionen DM (358 Millionen Euro) Schulden bei der Bunderegierung: Peru war schon lange Zeit Schwerpunktland deutscher Entwicklungshilfe; die meisten dieser Schulden stammten aus Entwicklungshilfe-Krediten, unter anderem für Großprojekte wie die Staudämme Tinajones und Jequetepeque.

Es war viel politischer Druck und Überzeugungsarbeit in den 1990ern nötig, bis sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 1999 bereitfand, einen Gegenwartfonds nach unseren Vorschlägen mit der peruanischen Regierung zu vereinbaren. Schließlich sollten in diesem Fonds, dessen Mittel aus einer Schuldenumwandlung stammten, erstmals gewählte Vertreter*innen der peruanischen Zivilgesellschaft über die Vergabe der Gelder für Entwicklungsprojekte mitentscheiden.

Was ist eine Schuldenumwandlung? Und was ist ein Gegenwartfonds?

In den 90er Jahren wuchs die Bereitschaft der Gläubigerländer, die überschuldeten Länder des globalen Südens – teilweise- zu entschulden. Ein Instrument des Schuldenerlasses sind Schuldenumwandlungen. Eine Gläubigerregierung erklärt sich bereit, einem Schuldner-Land einen bestimmten Teil seiner Schulden zu erlassen. Im Gegenzug verpflichtet sich das Schuldner-Land, einen Teil des Schulden-Betrages (die Höhe richtet sich nach der wirtschaftlichen Situation) in einheimischer Währung in einen Entwicklungsfonds einzubezahlen. Dieser Fonds wird als Gegenwartfonds bezeichnet.

Es gab auch Gegenwartfonds anderer Länder in Peru (z. B. der Schweiz und Italien), die allerdings nicht die gleichen Entscheidungsstrukturen hatten wie der deutsche Gegenwartfonds.

Ein langer Kampf für partizipative Entscheidungsstrukturen

Bis dahin – und leider auch danach – flossen die Mittel aus Schuldenumwandlungen in staatliche Entwicklungsfonds, die unter alleiniger Kontrolle der jeweiligen Regierungen standen. Peruanische Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre deutschen Partner hatten diese Praxis seit langem kritisiert. So wurde der peruanische Infrastrukturfonds FONCODES, der teilweise aus Schuldenumwandlungen finanziert wurde, vom damaligen Präsidenten Alberto Fujimori als Propagandamittel für seine Wiederwahl benutzt: Er weihte während des Wahlkampfes werbewirksam Schulen und Brücken ein, die von FONCODES finanziert worden waren.

„Unsere Regierung ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems“, meinten unsere peruanischen Partnerorganisationen, und setzten sich mit unserer Unterstützung für eine Mitverwaltung dieser Fonds durch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft ein.

Auf deutscher Seite unterstützten die Informationsstelle Peru, katholische Organisationen wie die Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) der Erzdiözese Freiburg und viele Peru-Partnerschafts-Gemeinden die Kampagne für die Entschuldung Perus durch Schuldenumwandlungen und die Schaffung eines Fonds mit Beteiligung der peruanischen Zivilgesellschaft.

1999 vereinbarten die Regierungen von Peru und Deutschland, einen Teil der Mittel aus einer Schuldenumwandlung in einen Fonds einfließen zu lassen, in dessen Entscheidungsgremium (Comité Tripartito, siehe unten) auch Vertreter*innen der peruanischen Zivilgesellschaft Einsitz hatten.

- Ein/e Vertreter/in der Zivilgesellschaft (und seine/ihre Stellvertreter/in) wurden vom nationalen Runden Tisch zur Armutsbekämpfung (Mesa de concertación de la lucha contra la pobreza) gewählt (delegiert).
- Der/die andere Vertreter/in der Zivilgesellschaft (und seine/ihre Stellvertreter/in) wurde von der Konferenz der Universitäts-Rektoren gewählt (delegiert)

Peru-Solidarität macht sich für Verlängerung stark

Der Fonds begann seine Tätigkeit 2003, seine Mittel waren Ende 2008 erschöpft. Das BMZ hatte gegen Ende der ersten Phase des Fonds immer wieder betont, es bestünde kein Interesse an seiner Weiterführung. Der Fonds sei eine Parallelstruktur und nicht vereinbar mit der üblichen Zusammenarbeit von Staat zu Staat.

Ausschlaggebend für die Bewilligung der zweiten Phase waren schließlich

- umfangreiche Brief- und Unterschriftenaktionen der Informationsstelle Peru und der bereits oben erwähnten Verbündeten mit der Forderung der Weiterführung des Fonds und
- eine Wirkungsanalyse des renommierten Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, die zu hervorragenden Einschätzungen der Arbeit des Fonds kam: die Mittel des Fonds seien für die richtigen Ziele und Zielgruppen eingesetzt worden und es seien fast immer alle Projektziele erreicht worden

So bewilligte die Bundesregierung eine zweite Schuldenumwandlung für eine Weiterführung des Gegenwertfonds. Heute sind auch die Gelder dieser 2. Phase ausgegeben. Weil Peru aufgrund seiner volkswirtschaftlichen Erfolgswahlen kein Kandidat für eine weitere Schuldenumwandlung ist, kann der Fonds also keine weiteren Mittel mehr erhalten.

515 Projekte in ländlichen Gebieten

Begünstigte des Gegenwertfonds waren Kommunen in ländlichen Gebieten, vor allem in den ärmsten Bergregionen im südlichen Peru. Die Gemeinden konnten im Rahmen der regelmäßigen Ausschreibungen des Fonds eine Finanzierung für ein von ihnen gewünschtes Projekt beantragen. Die Kriterien für die Projektvergabe und -durchführung und die Arbeit des Fonds waren transparent und über die Homepage des Fonds einsehbar.

Bis Ende 2016 hat der Fonds 38,5 Millionen Euro in 515 Projekte investiert. Die Gelder flossen gezielt in die ärmsten Regionen Perus.

Gefördert wurden Projekte in den Bereichen

- Trinkwasser und Abwasser,
- Verbesserung von Verbindungstraßen für abgelegene Gemeinden, einschliesslich Brückenbau
- Verbesserung von Bewässerungsanlagen,
- Förderung der Leistungsfähigkeit von Kommunalverwaltungen und
- Integriertes Abfallmanagement

Das Antragsverfahren unterstützte die Identifikation der Gemeinden mit ihrem Projekt:

- Die Gemeinde musste einen Antrag auf Finanzierung des Projekts stellen.
- Nach Bewilligung des Projekts musste sie einen Vertrag mit dem Fonds abschließen. Bei der Unterzeichnung des Vertrags mussten der Bürgermeister und die Verantwortlichen der Gemeinde sowie viele Gemeindemitglieder anwesend sein.
- Für die Durchführung des Projekts musste die Gemeinde Geldmittel (und/oder Maschinen) und Arbeitskraft beisteuern.

Im Gremium "Comité Tripartito" (siehe Kasten) wurden alle Entscheidungen über die Vergabe der Mittel gefällt.

Im Comité Tripartito waren vertreten

- *für die peruanische Regierung eine Vertreterin des Wirtschafts- und Finanzministeriums und ein Vertreter der APCI (Agencia Peruana de la Cooperación Internacional – zuständig für die internationale Entwicklungskooperation Perus)*
- *für die deutsche Regierung der deutsche Botschafter und ein Vertreter der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW*
- *für die peruanische Zivilgesellschaft ein/e Vertreter*in des nationalen Runden Tisches zur Armutsbekämpfung und der Konferenz der Universitäts-Rektoren (siehe oben)*

Der Fonds wird engültig eingestellt

Am 14. Oktober 2016 fand die Abschlussveranstaltung des Fonds im *Lugar de Memoria* (Gedenkstätte für internen Konflikt) in Lima statt. Viele Vertreter*innen von ONGs und deutscher Entwicklungsorganisationen waren anwesend.

Nach den Grußworten des deutschen Botschafters und einer Ministerin haben die zwei Co-Direktoren die Geschichte des Fonds, seine Ziele und Arbeitsweise vorgestellt. So war diese Veranstaltung eine Gelegenheit, die getane Arbeit und die Ergebnisse des Gegenwertfonds vor einem großem Publikum vorzustellen.

Danach kamen Vertreter*innen von Gemeinden zu Wort, deren Projekte vom Fonds unterstützt wurden. Den Abschluss bildeten traditionelle Musik und Tänze und ein Auftritt von Susana Baca, der weltbekannten schwarzen Sängerin aus Peru.

Jimi Merk

3. Präsident PPK: eine erste Bilanz

Zu Beginn des Jahres 2017 ist die Regierung von Pedro Pablo Kuczynski 100 Tage im Amt. Trotz seiner 78 Jahre gibt sich Kuczynski, besser bekannt als PPK, optimistisch und humorvoll. Seine

politische Bilanz fällt weniger positiv aus. Kein peruanischer Präsident hat es einfach. Sehr wenige Peruaner glauben an die Politik und die Politiker. PPK und seine gleichnamige Partei, Peruanos Por el Kambio (Peruaner für den Wechsel), haben in den ersten 5 Monaten an Popularität verloren.

Gleich zu Beginn stolperte die Regierung über einen korrupten Berater im Gesundheitsministerium.

Regieren mit einer Minderheit im Parlament

Die Regierung ist, politisch gesehen, schlecht gestartet. Dass die PPK-Partei die Wahlen sehr knapp gewonnen hat, liegt weniger daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt von dem Kandidaten war, sondern dass er die Politik des kleineren Übels war. In der ersten Wahlrunde hat die Partei Fujimoris, Fuerza Popular, die Mehrheit im Parlament gewonnen und stellt nun 72 Abgeordnete von insgesamt 130. Das bedeutet für PPKs Partei, dass sie als drittgrösste Partei nur 18 Abgeordnete hat, noch weniger als die linke Partei Frente Amplio. Da die Legislative von Fuerza Popular geführt wird, sollte sich die PPK-Partei anderweitig Allianzen suchen. Die ersten Versuche der Regierung, die Regionalpräsidenten auf ihre Seite zu ziehen, zeigen noch keine Erfolge. Im Kongress dagegen schmieden die Fujimoristas eine mächtige Allianz mit den APRA-Abgeordneten.

Die Meinung der Bevölkerung zu heiklen Themen

Die Bevölkerung will aber Ergebnisse bei den Themen öffentliche Sicherheit, Arbeitsplätze, Gesundheit und Rente sehen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Gfk, denkt nur 21% der Bevölkerung, dass die Regierung bei den Themen Arbeit und Korruption etwas vorangebracht habe. In den Bereichen Gesundheit und soziale Konflikte sind es jeweils 16% der Bevölkerung, die meinen, die Regierung habe etwas erreicht. Etwas besser schneidet das Thema Umwelt ab: hier meinen immerhin 19%, die Regierung tue etwas. Insgesamt bekam die Regierung von PPK nach 100 Tagen im Amt, laut Pulso Peru, eine Note von insgesamt 12, 2, also einer 3 - 4 im deutschen Notensystem. Ausserdem meinen 42% der Peruaner, dass PPK nicht über die besten Minister verfügt.

Auf der anderen Seite, zeigt das Umfrageinstitut Pulso Peru optimistischere Meinungen der sowohl ländlichen als auch städtischen Befragten. Laut dieser Umfrage meint 56% der Befragten, dass die Regierung richtig daran getan habe, Belohnungen für die Festnahme gesuchter Krimineller auszuschreiben.

5 Monate sind wenig, um eine Voraussage für die ganze Regierungszeit zu machen.

Nichtsdestotrotz sind die Tendenzen zu sehen. Die Regierung mag zwar über anerkannte Fachleute verfügen. Aber es mangelt ihr an politischem Geschick. Die Bevölkerung traut dem Wirtschaftsfachmann Pedro Pablo Kuczynski zwar Erfolge in der Wirtschaft zu. Allerdings sind externe Faktoren, wie der Fall der Rohstoffpreise, für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums entscheidend. Wichtige Themen, die auch dringend verstärkt werden müssen, sind der Umgang mit sozialen Konflikten und die Sozialpolitik.

Sozialer Konflikt um Bergbauprojekt Las Bambas

Im Oktober 2016 ist der Konflikt in der Bergbau-Region Apurímac, eine der ärmsten Regionen Perus, wieder eskaliert. Es ging um das Projekt Las Bambas, das in der Provinz Cotabambas, 4.000 über dem Meeresspiegel, liegt. Das Unternehmen wurde 2014 an die chinesische Firma MMG Limited verkauft. Die Chinesen reichten eine neuere Version der Umweltverträglichkeitsstudie für dieses Projekt ein. Die lokale Bevölkerung protestiert, weil sie dazu nicht befragt wurden, obwohl es das Recht auf Vorab-Konsultation (consulta previa) vorsieht. Sie klagen gegen die Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere durch den Wegebau und den Mineralientransport. Das abgebaute Kupfer wird von grossen Lastwägen auf einer Erdstrasse an die Küste gefahren. Der aufgewirbelte Staub dringt in die Häuser ein.

Im Oktober kam es deswegen in Cotabambas zum gewaltsamen Zusammenstoss zwischen Polizei und demonstrierenden "comuneros". Dabei wurde ein Demonstrant per Kopfschuss von einem Polizisten getötet. Damit hat der Konflikt um Las Bambas schon vier Todesopfer gefordert.

PPK opfert seinen Bildungsminister

Der Bildungsminister Jaime Saavedra war der einzige, den PPK aus dem Kabinett Ollanta Humalas übernommen hatte. Die Bildungspolitik mit einem weitgefassten staatlichen Stipendienprogramm, mit einem neuen Universitätsgesetz und vermehrten Geldern für Forschung galt als einer der Glanzpunkte der Regierung Humala.

Das Bildungsministerium ist auch für die Austragung der Panamerikanischen Spiele 2019 in Lima zuständig, auch für den Bau der dafür notwendigen Infrastruktur. Dies bot der Fujimori-Fraktion im Parlament den Vorwand, den Bildungsminister in den Kongress zu zitieren und ihn nach dem Fortschritt beim Bau der Stadien zu befragen.

Ein zweiter Stolperstein wurde der Kauf von Computern für die öffentlichen Schulen. Es gab Unregelmässigkeiten in der Vergabe des Auftrags, Saavedra musste vor dem Parlament aussagen. Das von den Fujimoristas dominierte Parlament hat Saavedra daraufhin vom Amt ausgeschlossen.

Diese Abwahl eines der erfolgreichsten Minister bedeutete zweierlei:

- den ersten Machtkampf mit der Fujimori-Fraktion hat PPK verloren
- die Gegner einer Universitäts-Reform haben gewonnen: viele Fujimorista-Abgeordnete sind Eigentümer privater Universitäten, die mit den Auflagen des neuen Universitäts-Gesetzes nur noch schwer bestehen können.

Rosa Ramirez/Hildegard Willer

4. Erdöllecks im Regenwald: Abkommen zwischen Regierung und Indigenen

Nach drei Monaten Protest unterzeichneten die Indigenen-Organisationen ein Abkommen mit dem peruanischen Staat zur Sanierung der Erdölschäden im Regenwald.

Drei Monate lang blockierten die Indigenen-Vertreter den Fluss Marañón am Dorf Saramurillo, ganz in der Nähe einer Erdölpumpstation der staatlichen Petroperu. Petroperu betreibt auch die Pipeline, die das Erdöl vom Regenwald an die Küste pumpt und die wegen ihrer vielen Leckagen den Anstoss für die Proteste gab.

Die Indigenen wehrten sich mit der Blockade gegen die Verschmutzung ihres Lebensraumes durch die marode Pipeline, die durch ihr Gebiet führt. Alleine im Jahr 2016 kam es zu 12 Pipeline-Lecks. Laut Petroperu seien 9 der Leckagen auf Sabotage zurückzuführen. Die Sabotage sei sozusagen eine Arbeitsbeschaffungsmassnahme, da nach einem Leck der Staat lokale Arbeiter für die Aufräumarbeiten anstellt. Bis heute wurde jedoch kein Täter identifiziert. Die Indigenen-Organisationen leugnen, Sabotage begangen zu haben und bestreiten die Version von Petroperu.

Nach drei Monaten Protest und mehreren Wochen Verhandlung kam es am 15. Dezember 2016 zu einer Einigung zwischen Staat und den Indigenen-Verbänden. Drei Minister reisten dafür aus Lima an. Dass dieser Konflikt friedlich beigelegt werden konnte, ist als Pluspunkt für die Regierung PPK zu vermelden.

Geeinigt haben sich die Indigenen und der peruanische Staat unter anderem auf:

- eine minutiöse Inspektion der 42 Jahre alten Pipeline
- Die Sanierung der von den Erdölnfällen verschmutzten Gebiete. Sie soll 2017 beginnen, dazu hat die Regierung vor zwei Jahren eine 15 Millionen US-Dollar schweren Fonds eingerichtet, mit dem auch die Erdölschäden in den sog. "cuatro cuencas", einem anderen Erdölfördergebiet in der Selva, saniert werden sollen.
- Staat und Indigenen-Vertreter werden eine gemeinsame Kommission einrichten, um die Auswirkungen von 40 Jahren Erdölförderung in der Selva zu untersuchen. Für Anfang 2017 wird auch der Besuch des Sonderberichterstatters der UNO für toxische Substanzen in der Zone erwartet.

Hildegard Willer

Quellen in spanisch: https://es.mongabay.com/2016/12/contaminacion-petroleo-pueblos_indigenas-amazonia-conflictos-peru/

5. Erstmals Nachrichten in Quechua

Ein Siebtel der Peruaner spricht Quechua. Im landesweiten Fernsehen war ihre Sprache jedoch nie zu hören. Das änderte sich am 12. Dezember.

Der staatliche Fernsehsender TV Peru strahlte an diesem Tag seine erste regelmässige Nachrichtensendung in Quechua aus, "Nunanchik" bedeutet "Wir" auf deutsch. Quechua ist vor allem in den südlichen Regionen Cusco, Apurimac und Ayacucho die Hauptsprache der Bevölkerung.

Beide Radiosprecher kommen aus Apurimac. Clodomiro Landeo ist seit Jahren Journalist beim staatlichen Fernsehen; Marisol Mena ist zweisprachige Lehrerin und wurde unter 200 Bewerberinnen als Nachrichtensprecherin ausgewählt.

Für die quechua-sprechende Bevölkerung bedeutet die Existenz eines landesweiten Nachrichtenprogramms in Quechua eine wichtige Aufwertung ihrer Muttersprache und der damit verbundenen Kosmvision.

6. Peruanische Medien in den Händen weniger

Perus Medien sind im Besitz sehr weniger Familien. Diese Medienkonzentration bedroht die Meinungsvielfalt, stellen die deutsche Sektion von Reporter ohne Grenzen und das peruanische

Rechercheportal Ojo Público fest. Die drei grössten Mediengruppen Perus - El Comercio, ATV

und Latina - vereinen 80% des Anzeigenmarktes auf sich. Die **El Comercio - Gruppe** dominiert klar beim Zeitungs- und Online-Markt. Zu El Comercio gehören nicht nur die gleichnamige Tageszeitung, sondern die auflagenstärkste Zeitung Lateinamerikas, El Trome, die Wirtschaftszeitung "Gestión", die Zeitungen Perú 21 und Correo, sowie zahlreiche Sportblättchen.

Hauptaktionäre sind Mitglieder der Familie Miró Quesada.

Zweitgrösste Mediengruppe ist das Fernsehnetzwerk von **ATV**, das zum lateinamerikanischen Medienkonzern Albavision gehört, der vom Mexikaner Remigio Gonzalez aus Miami aus geführt wird.

An dritter Stelle steht die **Grupo Latina** mit dem gleichnamigen Fernsehkanal. Der Kanal Latina gehörte früher Baruch Ivcher, einem Kontrahenten von Alberto Fujimori, dem deswegen seine peruanische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Ivcher verkaufte 2012 den Fernsehsender an eine Investitionsgesellschaft mit Sitz auf den Virgin Islands. Diese Fondsgesellschaft "Enfoca" steckt auch hinter Pensionskassen und einer elitären Privatklinik in Peru.

Besorgniserregend ist die Medienkonzentration deswegen, weil sie die Meinungsvielfalt beeinträchtigt, meint Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen. Dabei sei die Konzentration im Vergleich mit anderen Ländern Lateinamerikas ähnlich hoch. Anders als z.Bsp. in Kolumbien aber könne man bei den peruanischen Medieneignern keine Nähe zu bestimmten politischen Parteien feststellen. "Das deutet darauf hin, dass politische Parteien in Peru keine so grosse Bedeutung haben", sagt Christian Mihr.

Wer mehr über die peruanischen Medien lesen will, kann sich auf folgenden Seiten informieren:

<https://duenosdelanoticia.ojo-publico.com/articulo/los-duenos-de-la-noticia/>

<http://peru.mom-rsf.org/es/>

Hildegard Willer

7. Oligopole bestimmen Perus Wirtschaft

Der Soziologe Francisco Durand forscht seit Jahren über die peruanischen Unternehmer. 12 grosse Familien seien es, die in Peru das Geld haben und mit allen Mitteln Einfluss auf den Staat nehmen.

InfoPeru: Professor Durand, Sie bezichtigen in Ihrer neuesten Studie die peruanischen Unternehmer der Unterwanderung des Staatswesens. Was genau meinen Sie damit ?

Francisco Durand: Seit 25 Jahren fährt Peru die selbe Wirtschaftspolitik. In dieser Zeit haben sich Machtklüngel gebildet, die grossen Einfluss auf den Staat haben. Das passiert zwar auch in anderen Ländern, aber hier in Peru ist diese wirtschaftliche Super-Elite besonders mächtig.

InfoPeru: Warum das ?

Francisco Durand: Weil sich die wirtschaftliche Macht in Peru auf wenige Familien und Holdings konzentriert. Schau Dir die Banken an, es sind vier grosse Banken: Banco Continental (Spanien), Interbank (Grupo Rodriguez Pastor), Banco del Credito del Perú BCP (Grupo Romero) und Scotiabank (kanadisches Kapital). Wir haben in Peru ein paar starke Oligopole. Auch in anderen Sektoren: Hühner (San Fernando), Telekommunikation (Telefonica und Claro), Zucker (Grupo Rodriguez und Grupo Gloria), Medien (Familie Miró Quesada), Nahrungsmittel (Alicorp, Grupo Romero), Kaffee (Grupo Huancaruna), Bier (Backus).

In anderen Ländern sind die Genossenschaften, der Staat oder die Konkurrenz durch kleinere Unternehmen grösser.

Die OECD hat Peru bereits darauf hingewiesen, dass Peru beim Kartellgesetz, bei einem Gesetz gegen Steuerhinterziehung sowie bei der Lockerung des Bankgeheimnisses nachbessern muss, wenn es in den Club der entwickelten Länder OECD aufgenommen werden will. Mit diesem Druck von aussen - denn Peru möchte unbedingt zur OECD gehören - fängt eine öffentliche Debatte zu diesen Themen langsam an.

InfoPeru: Sind diese ökonomischen Machtgruppen noch ein Erbe der Kolonialzeit oder der jungen Republik ?

Francisco Durand: Die peruanische Wirtschaft war auch während der Kolonialzeit und nachher in der Republik in den Händen weniger. Aber dieses Machtmonopol hat die Militärrevolution unter Juan Velasco 1968 zerstört. Erst ab den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts, unter Fujimori, haben sich diese Wirtschaftseliten wieder neu gebildet. Zum einen sind das die alten Familien aus Lima vor Velasco - dazu gehören die Familien Romero, Brescia, Benavides, Hochschildt - aber auch neue Wirtschaftsklans aus Provinzstädten, die dazu gekommen sind: die Gloria-Gruppe der Familie Rodriguez Banda, das Kaffee-Imperium der Familie Huancaruna, die Getränkehersteller Anhanhos, César Acunha mit seinen Privatuniversitäten.

Beide Gruppen vermischen sich nicht. In der Unternehmervereinigung CONFIEP sind die alten aristokratischen Familien aus Lima vertreten. Die neu hinzugekommenen Wirtschaftseliten aus der Provinz, die sog. Cholo-Kapitalisten haben einen eigenen Verband gegründet, den Verband der peruanischen Familienunternehmen.

Die Politik und die Wirtschaft haben sich etwas demokratisiert, aber in der Gesellschaft werden die alten Schranken aufrecht erhalten.

InfoPeru: Und das ausländische Kapital ?

Francisco Durand: Ausländisches Kapital hat sich mit peruanischem gemischt. Z.Bsp. gehört die Banco Continental zur Hälfte den Spaniern, und 50% der Banco de Crédito gehören einem Pensionsfond aus den USA. Interbank gehört einer Holding mit Sitz in Panama, von der niemand genau weiss, wem sie letztlich gehört. Dasselbe sieht man im Bergbau, wo peruanische und internationale Geldgeber zusammengehen. Dabei kommen die internationalen Geldgeber aus aller Welt, von China bis Mexiko bis Indien, längst nicht mehr nur aus Nordamerika und Europa.

InfoPeru: Und wie funktioniert die Unterwanderung des Staates ?

Francisco Durand: Mit den selben Tricks, wie sie überall auf der Welt angewendet werden. Durch direktes Lobbying, durch die Finanzierung von Wahlkampagnen, durch die Drehtür-Politik

(ranghohe Angestellte wechseln in den öffentlichen Sektor und umgekehrt), und durch die Konzentration des Medienbesitzes. So haben sie auch die sog. Investitionserleichterungen, den "paquetazo ambiental", durchgeboxt, der eine Erleichterung der Umweltprüfungen für die Unternehmen bedeutet. Und dabei ist der Auslöser des Rückgangs des Wirtschaftswachstums ganz einfach der fallende Rohstoffpreis, für den Peru absolut nichts kann. Und dennoch diente er als Vorwand um den "paquetazo ambiental" durchzubekommen.

InfoPeru: Rührt sich in Peru kein Protest gegen diese Unterwanderung des Staates ?

Francisco Durand: Doch, es gab vor zwei Jahren die Jugend-Proteste gegen die Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes, und es kam zu Protesten gegen verbotene Preisabsprachen. Und dann möchte Peru in den Klub der entwickelten Länder aufgenommen werden. Die OECD fordert gerade in diesen Sektoren Reformen von Peru: Auflösung des Bankgeheimnisses, Kartellgesetz, Gesetz gegen Steuerhinterziehung.

InfoPeru: Wie wird sich die Wahl Donald Trumps in den USA auf Peru auswirken ?

Francisco Durand: Zum einen werden illegale Peruaner zurückgeschickt werden. Dann wird der Transpazifische Freihandelsvertrag TPP fallen - das hat Trump ja bereits angekündigt. Agro- und Textil-Exporteure in die USA werden es schwerer haben. Und wahrscheinlich wird es auch weniger Entwicklungshilfe aus den USA geben.

InfoPeru: Professor Durand, vielen Dank für das Gespräch.

Die neueste Studie von Francisco Durand über die Einflussnahme der Wirtschaftselite auf die peruanische Politik kann hier heruntergeladen werden

https://peru.oxfam.org/sites/peru.oxfam.org/files/file_attachments/capturadurand%20VF_0_2.pdf

Das Interview führte Hildegard Willer in Lima

8. Die Uniform macht's

Während Münchens Polizeiuniformen fair hergestellt werden sollen, steht bei der Anschaffung von

peruanischen Uniformen ein anderes Kriterium im Mittelpunkt. Wenn mich peruanische Freunde fragen: Was steht bei Euch in München in Sachen „Fairer Handel und Nachhaltigkeit“ an ?, dann berichtete ich vom Einkauf Fairen Kaffees, oder von Grabsteinen, die ohne Kinderarbeit hergestellt werden. Ein weiteres Beispiel für Fairen Handel: Im Bereich Textilien wollen wir darauf achten, dass die neu in Bayern anzuschaffenden Polizeiuniformen nicht unter ausbeuterischen Bedingungen produziert werden dürfen. Das ist für uns hier richtig und angesagt. Bei 27.000 Polizisten in Bayern macht das einen Auftragswert in Höhe von 23 Millionen Euro. In **Peru** werden bei der Anschaffung neuer Polizeiuniformen andere Prioritäten gesetzt: Kleinunternehmen sollen den Grossauftrag bekommen.

Der peruanische Staat investiert umgerechnet ca. 81 Mio. Euro für ca. 3,5 Millionen Uniformen (Hose, Krawatte, Paradeuniform, Jacken). Das geschieht durch das Innenministerium in Kooperation mit dem staatlichen Förderprojekt FONCODES (des Ministeriums für Entwicklung und Soziale

Inklusion) für kleine und mittlere Betriebe (MYPES).

Dieser Großauftrag ging an Kleinunternehmen in den Distrikten Villa El Salvador, La Victoria, San Juan de Lurigancho, Ate-Vitarte oder Callao.

Jorge Apdoni Quispe (Direktor von FONCODES) bezeichnet als Kleinunternehmer Betriebe mit ca. 10 ArbeiterInnen. In Peru gibt es ca. 7.000 solche Mypes.

Fragen zur Nachhaltigkeit und zum „Fair-Aspekt“ zur Produktion in diesen Kleinfirmen wären:

Gibt es in diesen Kleinunternehmen sozial verträgliche Arbeitsbedingungen und Löhne?

Zahlt das peruanische Ministerium und zahlt es pünktlich?

Damit die Kleinunternehmen sich gegen die Billigimporte aus China behaupten können, benötigen sie staatlichen Aufträge.

Wie man sieht, bei Polizeiuniformen in Bayern und Peru stehen unterschiedliche Kriterien im Mittelpunkt.

Heinz Schulze

9. Pishtacos in Lima

Eine Sagenfigur aus den Anden führt zu einer toten Frau und 34 Verhafteten in einem Vorort von

Lima. Hier die Geschichte.

Prolog

Huaycán ist nicht irgendein kleines Armenviertel in Lima. Huaycán hat mehr als 250.000 Einwohner. Sie leben dort seit 1984, als der linke Bürgermeister Alfonso Barrantes Migranten aus den Anden aus anderen Vierteln Limas umsiedelte. In den 80-er Jahren galt Huaycán als Schwerpunkt des Leuchtenden Pfades. Die Terrorgruppe dachte, sie könne Huaycán ob seiner isolierten Lage kontrollieren.

Denn Huaycán liegt nicht an einer der wichtigen Ausfallstrassen. Vom Km 16,5 der Carretera Central biegt man nach Huaycán ab. Viele Bewohner Limas kennen das Armenviertel nicht.

Die Bewohner Huaycáns organisierten sich gegen den Leuchtenden Pfad. Die linken Basisorganisationen waren stark und wehrten sich gegen die Unterwanderung durch die Terroristen. Deshalb tötete der Leuchtende Pfad im Jahr 1996 eine bekannte Anführerin aus Huaycán, Pascuala Rosado. Heute sind die Basisorganisationen in Huaycán nicht mehr so stark, aber viele Limenhos glauben immer noch, dass in Huaycán Terroristen leben.

Die Mehrheit der Bewohner Huaycáns sind andiner Herkunft. Deswegen erleiden sie in den "weissen" Bezirken San Isidro oder Miraflores vielfältige Diskriminierung, denn Peru ist immer noch eine Klassen- und eine Rassengesellschaft, welche die Bewohner als Cholos und Terroristen stigmatisiert. Es gibt zwar ein Polizeirevier in Huaycán, aber die Polizisten sind oft überheblich oder sogar korrupt. Polizisten selber glauben oft, dass Menschen mit andinen Gesichtszügen Diebe und Räuber seien.

1. Dezember 2016

Pishtacos sind in der andinen Mythologie Menschen oder Dämonen, die Menschen töten, um ihnen das Fett auszusaugen. In den Anden sind es oft weisse "Gringos", die als Pishtacos bezeichnet werden.

Heute glauben viele, dass es sich bei den Pishtacos um Organhändler handelt, die Menschen und v.a. Kinder töten, um ihnen die Organe zu entnehmen und gewinnbringend zu verkaufen. Ende November griff der Mythos der Pishtacos - Organhändler in Huaycán um sich. In sozialen Medien und Zeitungen machten Berichte die Runde, dass in Huaycán Kinder entführt oder Kinder mit ausgestochenen Augen aufgefunden worden seien. Das Klima in Huaycán war angespannt. Warum glaubten die Leute, die Mär von den Pishtacos ? Ganz einfach. Weil sie die Erfahrung machen, dass sie ohne Recht sind, und dass man sie töten kann, ohne dass der Staat sie schützt. Deshalb kommt es in Huaycán, wie an anderen Orten, oft zu Lynchjustiz, weil die Leute befürchten, dass die Polizei Diebe und andere Verbrecher wieder laufen lässt.

Am 1. Dezember waren in Huaycán zwei Personen unterwegs, um im Auftrag eines Marktforschungsinstitutes Umfragen zu machen. Jemand setzte das Gerücht im Umlauf, die beiden seien Organhändler. Eine Menschenmenge wollte die beiden daraufhin lynchen. Die Polizei griff ein und brachte die beiden auf die Polizeistation. Der Mob griff daraufhin den Polizeiposten an und verlangten die Herausgabe der angeblichen Pishtacos. Das Innenministerium schickte Verstärkung, es kam zu einem Schusswechsel. Getroffen wurde eine Anwohnerin, die das ganze von der Tür ihres Hauses beobachtet hatte.

Die Polizei verhaftete daraufhin 34 Passanten, die sie für Teil des Mobs hielten. Dabei kam es zu weiteren Ungerechtigkeiten.

Als Afroperuaner in Huaycán

Christian Grados war nicht nur aus Huaycán, er war schwarz, ein Afroperuaner. Als solcher wird man in Peru noch mehr diskriminiert als wenn man andiner Herkunft ist. Auch andine Menschen diskriminieren die Afroperuaner.

Christán Grados wurde dennoch sehr geschätzt in Huaycán. Er war Sportlehrer an zwei Privatschulen in Chaclacayo und unterrichtete Kinder und Jugendliche kostenlos in peruanischem Volkstanz und versuchte so, sie von der Strasse und den Drogen wegzubekommen. Er leitet den Kulturverein Illariy Huaycán, und ermutigt Jugendliche, an ihre Träume und ihren Weg zu glauben.

Am 1. Dezember war Christian Grados mit seiner Tochter auf der Strasse, er wollte sie sicher nach Hause bringen, als die Polizei ihn verhaftete. Zusammen mit 33 weiteren vermeintlichen Tätern. Grados galt plötzlich in der Presse als der Rädelsführer. Die Polizei folterte die Beschuldigten, ein Richter verurteilte ihn und 33 weitere in zu 9 Monaten Untersuchungsgefängnis.

Zwei der Verhafteten sind sehr krank, einer hat Epilepsie, ein anderer einen Wasserkopf.

Aufgrund des Einsatzes von Menschenrechts-Anwälten kamen Christián Grados und drei weitere Untersuchungsgefangene am 31. Dezember frei. Aus Huaycán zu kommen, ist auch heute noch ein Stigma in Lima.

Ob das Pishtaco-Gerücht absichtlich und von wem in die Welt gesetzt wurde, weiss man bis heute nicht.

Wilfredo Ardito

10. Post-Extraktivismus oder Fortschritt mit Bergbau: eine Debatte

Der Postextraktivismus-Denker Eduardo Gudynas und der peruanische Wirtschaftler Germán Alarco debattieren darüber, ob Peru Bergbau braucht oder nicht. Spannend!

In Peru debattieren „Öko-Linke“ und „Progressisten“ über die richtigen Diagnosen und Strategien für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft. Es gibt sowohl Überschneidungspunkte als auch signifikante Unterschiede in der Auffassung darüber, welche Rolle die Ausbeutung von Rohstoffen und die extraktiven Industrien im Land spielen sollen. Es ist ein international heiß diskutiertes Thema, das nun auch lokal zu Streit führt. Es regt dazu an, die eigenen Vorschläge anzupassen und zu verfeinern. Entscheiden Sie selbst.

Vielen Dank dem Nord-Süd-Forum München für die deutsche Übersetzung der beiden Texte.

PRO: Der Widerstand zu den Rechten der Natur zeigt die Spannungen zwischen der Linken und dem *Progresismo*. [\[1\]](#)

Von Eduardo Gudynas

In den letzten Monaten wurden die Alternativen zum Extraktivismus (insbesondere Bergbau und Erdölförderung) sowie der Respekt vor der Natur hart kritisiert. Einige Kritikpunkte wurden von politisch konservativen Akteuren geäußert und sind dadurch wohlbekannt; andere Kritikpunkte sind neuer und werden von sogenannten Progressisten geäußert. Letztere interpretieren die Rechte der Natur falsch. Ebenso sind sie jener alten Vorstellung verhaftet, dass Wachstum durch den Export von Rohstoffen gefördert werden sollte.

Am interessantesten ist jedoch, dass diese Kritiken eine Entwicklung widerspiegeln, die in anderen Ländern zu deutlichen Unstimmigkeiten zwischen dem *Progresismo* und der Linken geführt hat.

Die Kritik an den Rechten der Natur

Ein gutes Beispiel für jene neuen Kritiker an der Umweltbewegung ist Germán Alarco. Er ist Ökonom der Universidad del Pacífico und Mitarbeiter in den technischen Arbeitsgruppen des Frente Amplio. In einem Artikel in der peruanischen Tageszeitung „Gestión“, beschreibt Alarco die Verteidigung der Rechte der Natur als „fragwürdig“ und qualifiziert die post-extraktiven Alternativen als „radikal“ (1).

In diesem Artikel argumentiert der Ökonom mit zahlreichen Mythen: z.B. dass der Schutz der Natur mit einem Primitivismus und Rückschritt einhergeht, dass es ein „Modell“ der Mutter Erde und der

Apus gibt dem „alle“ folgen müssten und auch, dass Rohstoffexporte für das Wirtschaftswachstum zwingend notwendig sind (1, 2).

Alarco argumentiert in seiner Kritik an den Rechten der Natur, dass es maßlos übertrieben sei, die Förderung von Rohstoffen aufgrund ihrer negativen Wirkungen auf Menschen und Umwelt zu kritisieren. Er sagt also: es ist bloß eine Übertreibung der „Radikalen“, wenn negative Konsequenzen des Extraktivismus angeprangert werden und nach Alternativen gesucht wird. Um nicht als „radikal“ zu gelten, sollte man weder jene negativen Auswirkungen anklagen, noch nach Alternativen suchen.

Die Kritiken beziehen sich auf zahlreiche Ideen aus meinem Buch „Die Rechte der Natur“ (3). Dabei stellen sie sogar den Gedanken infrage, dass die Natur in erster Linie zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse verwendet werden sollte. Ich möchte klarstellen, dass die „biozentrischen“ Positionen aus meinem Buch nicht eine unberührte Natur verteidigen. Die Rechte der Natur bedeuten lediglich eine Beschränkung im Gebrauch der Rohstoffe um das Aussterben weiterer Spezies zu verhindern. Anders gesagt geht es darum, die Umwelt innerhalb ihrer eigenen Reproduktions- und Regenerationszyklen zu nutzen.

Die Nutzung der Umwelt zur Befriedigung der Grundbedürfnisse bedeutet, dass es legitim ist, Nahrungsmittel zu produzieren. Es ist auch legitim, Minerale und Energie zu fördern, um national und regional einen bestimmten Lebensstandard zu sichern. Umgekehrt ist es jedoch verwerflich, Gold im Tagebau, mit all seinen negativen Auswirkungen, abzubauen. Denn dieses Gold wird für Schmuck in China oder Indien verwendet (weltweit sind 90% der Gold-Nutzung nicht-industriell; von diesen wiederum landen 45% in der Schmuckproduktion, vor allem für die neuen wohlhabenden Oberschichten in Asien). Insoweit bejaht der Biozentrismus die Beseitigung der Armut und der Gewährleistung von Wohlstand. Er stellt sich gegen nutzlosen Reichtum.

Entwicklung und Post-Extraktivismus

Ich schreibe diesen Artikel um zu verdeutlichen, dass die Kritiken an den Rechten der Natur und den Post-Extraktivismen auf Irrtümern und oberflächlicher Lektüre der relevanten Literatur basieren. Sie verwechseln Bergbau mit Extraktivismus, Degrowth mit Post-Extraktivismus. Sie haben Angst davor, dass Naturschutz uns zurück in die Steinzeit wirft. Sie hinterfragen ein Ölfördermoratorium und vergessen dabei den unermesslichen Schaden, den diese Aktivität dem Amazonas und dem globalen Klima zufügt.

Positionen wie jene von Alarco zeigen, dass sie in konventionellen Vorstellungen von Wachstum gefangen sind. Es ist interessant, dass er als Ökonom trotz allem zugibt, dass Indikatoren wie das Bruttosozialprodukt nur eingeschränkt gültig sind. Er unterscheidet sich auch von konservativen und neoliberalen Ökonomen, indem er sagt, dass Wachstum nicht das einzige Ziel einer Wirtschaftspolitik sein kann.

Trotzdem verteidigt Alarco Wachstum, dieses sollte jedoch „nachhaltig“ sein. Die von ihm vertretene Nachhaltigkeit hat jedoch nichts mit dem ökologischen Ursprung dieses Wortes zu tun. Vielmehr bezieht er sich auf ein Wachstum, das durch gesteigerte Exporte ermöglicht wird. Mehr Exporte bedeuten jedoch gleichzeitig den gesteigerten Abbau von Rohstoffen. Damit einhergehend werden sich die Konflikte und negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen verstärken und wiederholen.

Keine der Kritiken an den Rechten der Natur und dem Post-Extraktivismus hat wirklich valide Argumente. Vielmehr ähneln sie den Ablenkungen der Konservativen. Und dies ist eine weitere Entwicklung die ich hier hervorheben möchte: auch Alarco bezeichnet die Post-Extraktivisten als „Radikale“.

Zahlreiche Führungspersonlichkeiten der peruanischen Regierung Humalas, Unternehmer und unzählige Konservative haben den Post-Extraktivismus als „radikal“ beschrieben. Oft wurden wir in den letzten Jahren als „radikale Bergbaueegner“ [mineros radicales] beschuldigt. Ähnliche Adjektive wiederholen sich auf dem ultrakonservativen Nachrichtenportal Lampadia.

Wir sind also an einen Punkt gelangt, wo der Post-Extraktivismus und die Rechte der Natur sowohl von einigen progressiven Akteuren als auch von der konventionellen Rechten in Frage gestellt werden. Mangels Argumenten sind sie gezwungen zu adjektivieren, und alles was ihnen nicht gefällt wird somit als „radikal“ bezeichnet.

Die Linke und der Progresismo: zwei Positionen zu Entwicklung und Natur

Damit komme ich zum dringendsten Thema das ich hier kommentieren möchte. Die Positionen zum Extraktivismus und den Rechten der Natur waren die Hauptgründe für die Spaltung zwischen Linken und Progressisten in zahlreichen Ländern Lateinamerikas. Kritiken, wie oben beschriebene, werden in unseren Nachbarländern oft geäußert. Damit machen sie den Unterschied zwischen den politischen Strömungen des *Progresismo* und denen einer pluralistischen und offenen Linken deutlich.

In der Tat wurden die politischen Umwälzungen seit Beginn des neuen Jahrtausends in vielen Ländern von einer pluralistischen, offenen und demokratischen Linken vorangetrieben. Sie basierten auf sozialen Bewegungen und stellten konventionelle Vorstellungen von Wachstum in Frage. Sie kritisierten jene exportorientierte Wirtschaftsform, die auf Kosten des nationalen ökologischen Erbes allein den Konsum anderer Länder und der lokalen Eliten befriedigte. Dies war die Geburtsstunde der Suche nach post-extraktiven Gesellschaften.

Diese pluralistische Linke, welche die Regierungen eroberte, verwandelte sich über die Jahre hinweg in den *Progresismo* (4). Sie verteidigt nun ein Entwicklungsmodell, das auf intensivem Rohstoffabbau beruht. Der Staat verfällt dabei der Illusion, dass er mit den abgeschöpften Gewinnen den Armen helfen kann. In seinen Diskursen wiederholt er die Idee eines „nachhaltigen“ Wachstums.

Die Regierungen Boliviens, Ecuadors und Argentinens wurden kontinuierlich extraktiver, also progressiver. Dabei entfernten sie sich immer weiter von den Linken Bewegungen die sie an die Macht gebracht hatten. Sie waren so abhängig von den Rohstoffexporten, dass sie ihre eigenen Wege fanden um Mega-Bergbauprojekte und Ölförderung im Amazon auch gegen Widerstand durchzusetzen. Sie flexibilisierten ihre sozialen und ökologischen Standards und verletzten die Rechte von Indigenen und Campesino Gemeinschaften. Diese Regierungen wiederholen ständig, dass die Rechte der Natur dem Fortschritt im Weg stehen und dass der Post-Extraktivismus gefährlich ist.

Diese Faktoren gehörten zu den Hauptgründen, wieso einige *Progresismos* heftigen öffentlichen Widerstand erfuhren (zum Beispiel in Ecuador und Bolivien) und wieso andere kollabierten (Argentinien). Ich schreibe diesen Artikel auch, da es scheint dass die politische Diskussion in Peru diese Tatsachen übersieht. Vielleicht ist es nicht so klar, dass die Korruptionskrise in Brasilien auch vor progressiven Netzwerken und ihren Unterstützern im staatlichen Ölkonzern nicht halt machte. Je mehr Extraktivismus desto mehr *Progresismo* und desto weniger Linke.

Wir können also in den nicht-konservativen sozialen und politischen Bewegungen zwei Strömungen ausmachen: die progressive verteidigt eine extraktive Entwicklungspolitik mit größerer staatlicher Kontrolle und der Integration in den Weltmarkt; die neue Linke hingegen sucht nach Alternativen um nicht weiterhin vom Export von Primärprodukten abhängig zu sein.

Der Pluralismus dieser offenen Linken bedeutet auch, dass sie ihre auf Wirtschaftswachstum fokussierten GenossInnen akzeptiert. Sie wissen natürlich, dass nicht alle Entwicklungsmodelle gleich sind und dass nur manche ökologische und soziale Gerechtigkeit fördern. Sie wissen auch, dass der Weg zu Veränderung hier nicht endet, und man weitergehen muss. Die Erfahrungen in den Nachbarländern zeigen jedoch auch, dass ein Großteil der *Progresismos* nicht pluralistisch sind und dass ihr Machthunger die offene und pluralistische Linke zerstört. Nichtsdestotrotz ist genau diese Linke unabdingbar für einen realen Wandel der sowohl konzeptionell als auch praktisch durchführbar ist.

Quellen:

1. Crecimiento económico: ¿lo único importante?, Germán Alarco, Gestión, Lima, 4 julio 2016, <http://blogs.gestion.pe/herejias-economicas/2016/07/crecimiento-economico-lo-unico-importante.html>
2. Petroperú y la seguridad energética en la mira, Diario Uno, Lima, 28 febrero 2016, <http://diariouno.pe/columna/petroperu-y-la-seguridad-energetica-en-la-mira/>
3. Derechos de la Naturaleza. Etica biocéntrica y políticas ambientales, Eduardo Gudynas. RedGE, CooperAcción, PDTG, y CLAES. Lima, 2014.
4. 10 tesis sobre el “divorcio” entre izquierda y progresismo en América Latina, E. Gudynas. Ideas, Página Siete, La Paz, Bolivia, 9 febrero 2014, <http://www.paginasiete.bo/ideas/2014/2/9/tesis-sobre-divorcio-entre->

2. izquierda-progresismo-america-latina-13367.html

Dieser Artikel erschien im spanischen Original in Eduardo Gudynas. Post Desarrollo, veröffentlicht auf [La Mula](https://postdesarrollo.lamula.pe/2016/09/21/en-la-oposicion-a-los-derechos-de-la-naturaleza-asoma-la-divergencia-entre-izquierda-y-progresismo/egudynas/?fb_comment_id=1280403978660777_1285990404768801), 21. September 2016. (https://postdesarrollo.lamula.pe/2016/09/21/en-la-oposicion-a-los-derechos-de-la-naturaleza-asoma-la-divergencia-entre-izquierda-y-progresismo/egudynas/?fb_comment_id=1280403978660777_1285990404768801)

CONTRA: Der mögliche Wandel und der Post-Extraktivismus: Eine Antwort auf Eduardo Gudynas

von Germán Alarco

Vergangene Woche hat Eduardo Gudynas, Forscher des Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) und vehementer Verteidiger des Post-Extraktivismus, zahlreiche Artikel meines Blogs kommentiert. Er tat dies, um zu zeigen, dass ich seinen Text *Die Rechte der Natur* (2014) missinterpretiere und dass ich den veralteten Vorstellungen von Wachstum durch Export von Rohstoffen verhaftet sei. Auch schreibt er, dass meine Haltung in anderen Ländern zu einem deutlichen Bruch zwischen der Linken (repräsentiert durch ihn) und dem durch mich repräsentierten *Progresismo* geführt hat. Seine Kritik wurde im Onlinemagazin LaMula am 21. September 2016 veröffentlicht. Hier antworte ich ihm und greife dabei auf einige Absätze und Elemente zurück, die wir bereits in der Zeitschrift *Poder* (November 2015) veröffentlicht haben. Dort haben wir seine Konzepte zu den Rechten der Natur mit der *Laudato Si* von Papst Franziskus verglichen.

Eingangs möchte ich hervorheben, dass der Schutz unserer Umwelt über die klassischen Parteigrenzen hinweg wichtig ist. Die Zerstörungen aus der Vergangenheit und Gegenwart sind schwerwiegende und bedrohen das Überleben der Menschheit. Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels machen deutlich, dass Peru weltweit zu den Ländern gehört, die am heftigsten von seinen Folgen betroffen sein werden. Das Problem existiert, es ist real und es beeinträchtigt uns seit Jahrzehnten. Die Gletscherschmelze in den Anden ist wohl die sichtbarste Folge des Klimawandels. Mittel- und Langfristig sind dies die größten globalen Herausforderungen: *der Demografische Wandel, die Auswirkungen des Technologischen Wandels, der Klimawandel, die Zerstörung der Biodiversität (Verlust von Arten), die Energiekrise und die strukturelle Wirtschaftskrise* (Alarca, 2012). Zweitens brauchen wir eine stärkere Demokratie in unserem Land. Hierfür benötigen wir Parteien die stärker institutionalisiert sind und klare Positionen haben. Meiner Meinung nach ist die Einheit der Linken unabdingbar. Die progressiven Kräfte, Umweltbewegungen, Föderalisten, Bewegungen der Zivilgesellschaft müssen zusammen arbeiten. In den Worten des peruanischen Politikers R. Prialé: „Wir müssen uns zusammenschließen, die Kräfte bündeln und uns nicht spalten.“

Die Vielfalt und Tragweite der Umweltprobleme

Eduardo Gudynas' Perspektive auf Themen der Umwelt ist nicht ganzheitlich. Er konzentriert sich auf einen wichtigen Aspekt, aber ich glaube nicht, dass dies der bedeutendste ist. Ich gebe zu, dass

er eine klar strukturierte These hat. Sein Ausgangspunkt ist die Bedeutung der Rechte der Natur, um von hier zu den schweren Schäden zu kommen welche die extraktiven Aktivitäten (Bergbau und besonders Erdölförderung) auf die Umwelt haben. Seine Lösung für diese Probleme ist die Gestaltung und Umsetzung einer Post-Extraktiven Wirtschaft (oder des „Buen Vivir“ welches den Menschen mit der Natur verbindet). Aber wo ist seine Analyse der Auswirkungen der Treibhausgase, des sauren Regens der urbanen Probleme wie Müllentsorgung? Wo analysiert er exzessive Verschwendung, die Probleme von Trink- und Abwasser, Entwaldung, illegalen Bergbau, Lärm- und Sichtverschmutzung?

Der Biozentrismus von Gudynas basiert auf der Annahme, dass die Umwelt und alle Lebewesen unabhängig vom Menschen eigene, intrinsische Werte haben (S. 33). Das bedeutet, dass alle Lebewesen gleich wichtig sind und dass alle es verdienen, geschützt zu werden. Gudynas sagt, wir müssten versuchen sowohl die nützlichen als auch die Unnützen Arten schützen, jene die einen Geldwert haben als auch jene die wirtschaftlich irrelevant sind, sowohl die schönen als auch die abstoßenden. Auch wenn er einen Egalitarismus unter allen Lebewesen verteidigt, so heißt dies nicht dass alle gleich sind: der Biozentrismus erkennt sowohl die Heterogenität und Vielfalt und sogar bestimmte Hierarchien zwischen den Lebewesen und Ökosystemen an (S. 55-56). Hier wird behauptet, dass alle Ökosysteme geschützt werden müssen, unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Nutzen, ihrem Ästhetischen Reiz und unabhängig von ihrem Werbe-Effekt (S. 120). Dabei wird auch ausgeschlossen, dass dies eine primitive oder anti-technologische Ansicht ist (S. 57).

Das Konzept des Buen Vivir wird als pluralistisches Konzept im Entstehungsprozess beschrieben. Ausgehend vom Biozentrismus kritisiert es jenes Konzept von Entwicklung, das auf Kosten der Umwelt geht. Der Gegenentwurf zielt darauf ab, die Lebensqualität der Menschen zu sichern und den Verschwenderischen Konsum zu beenden (S. 181). Im Prolog des Buches steht, dass es eine gemeinschaftliche Weltanschauung vorstellt die sich signifikant von der kapitalistischen, westlichen unterscheidet (S. 17).

Die radikalen Elemente

Gudynas vertritt den Standpunkt, dass alle Arten ihre eigenen Lebensentwürfe entwickeln sollen (S. 48), und wir glauben er übertreibt damit. In diesem Zusammenhang hebt er die ecuadorianische Verfassung hervor. In dieser ist festgeschrieben, dass die Natur das Recht hat in ihrer Existenz respektiert zu werden. Sie hat ein Recht darauf, dass ihre Regenerationszyklen, ihre Funktion und ihre Entwicklungsprozesse geschützt werden (S. 76-77). Gleichzeitig klagt Gudynas die Regierung Boliviens an, da sie die Ausbeutung von Rohstoffen (wie Minerale und fossile Brennstoffe) ausdrücklich unterstützt und negative soziale und ökologische Auswirkungen dabei billigend in Kauf nimmt. Dies verletze die Rechte der Natur (S. 114). Er kritisiert die Regierung auch, weil in der bolivianischen Verfassung die industrielle Ausbeutung der Bodenschätze festgeschrieben ist (S. 116). Aus seiner Perspektive heraus kann der Mensch die Natur nutzen um seine „Grundbedürfnisse“ zu befriedigen (die Anführungsstriche sind unsere [Alarco]). Er sagt, dass der Mensch keine Hierarchisierung der Arten vornehmen darf, gleichzeitig stellt er klar dass die Rechte der Natur nicht über denen des Menschen stehen (S. 116). Gudynas' ist ein vehementer Verteidiger der Nachhaltigkeit. Dieser Standpunkt bringt ihn dazu, ein Moratorium der Ölförderung im Amazonasgebiet zu fordern (S. 173). Er möchte die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzflächen verhindern, denn diese sei der Grund für die aktuelle Umweltkrise (S. 193).

Gudynas vereinfacht grob wenn er sagt, dass jegliche anthropozentrische Vision schlecht ist. Papst Franziskus hingegen spricht von der Notwendigkeit einer anthropozentrischen Perspektive die nicht willkürlich zur Natur ist. Für ihn bedeutet der Biozentrismus eine Beziehung zur Natur, welche isoliert wäre von der Beziehung zu anderen Menschen und zu Gott. Dies wäre ein romantisierender Individualismus, der sich als unberührte Natur verkleidet und uns in der Immanenz erstickt (119). Eine Rückkehr zur Natur darf nicht auf Kosten der Freiheit und der Verantwortung der Menschen gehen. Die Menschen sind teil der Erde und sie müssen ihre eigenen Fähigkeiten entwickeln um die Natur zu beschützen und um ihre Potenziale zu entfalten (78). Der Mensch ist der Autor, der Kern und das Ziel jeglichen sozio-ökonomischen Lebens (127).

Offene Probleme

Gudynas und Papst Franziskus eint das Ziel, die Armut zu besiegen. Beide befürworten eine sparsame Wirtschaft [crecimiento austero]. Ersterer jedoch kritisiert die konventionelle, auf Wachstum basierende Wirtschaft radikaler und drängt auf eine post-materialistische Ordnung in der Wirtschaftswachstum nicht mehr wichtig sei. Die sparsame Wirtschaft bezieht sich auf die entwickelten Ökonomien, welche weniger Rohstoffe konsumieren würden. Wachstumsrücknahme [decrecimiento] könnte die Rahmenbedingung für die Reduzierung der Wirtschaft von z.B. Deutschland, Frankreich oder von Konsum-Schichten im globalen Süden sein (S. 181). Dieses Ziel kann jedoch nicht für Lateinamerika gelten. Ist es überhaupt möglich, dass ein Linksbündnis [Frente Amplio] an die Regierung kommt, ohne dem Ziel von Wirtschaftswachstum? Könnte dies jemals nachhaltig sein?

Gudynas übersieht die große Zerstörung unserer Umwelt und sieht bloß die kleinen und mittleren Verschmutzer. Ökosysteme haben sich bereits vor der Existenz des Menschen verändert. Diese teils zerstörerischen Entwicklungen der Natur geschehen seit Millionen von Jahren. Was ist der „Urzustand“ den wir erhalten sollen? Der von heute? Von vor 10.000 Jahren, einer Million oder von vor 100 Millionen Jahren? Haben andere Arten tatsächlich eigene Lebensentwürfe? Wer hat die Kultur geschaffen? Das Rezept der Nichteinmischung in die Prozesse der Natur kommt verspätet und meistens braucht es das genaue Gegenteil um Schäden zu lindern und zu beheben. Wir brauchen mehr menschliche Intervention, im Gegenteil zu dem was Gudynas vorschlägt. Wir alle kennen die Exzesse der Konsumgesellschaft, aber daraus auf Wachstumsrücknahme zu schließen ist ein Sprung ins Ungewisse. Wer würde solch einen Wandel vorantreiben und gestalten? Wer würde dann noch die Rohstoffe und Dienstleistungen der Entwicklungsländer konsumieren? Wie können wir verhindern, dass wir nach dieser Rückkehr zur Natur nicht wieder zu primitiven Gesellschaften verkommen? Wer ersetzt uns die Steuereinnahmen welche nach solch einem Wandel entfallen werden?

Regulierung oder Beendigung jeglicher extraktiver Aktivitäten?

Man muss wirklich kein neoliberaler Ökonom sein, um zu wissen dass verfügbare Devisen wichtig für jedes Land sind. Der keynesianische Ökonom A. Thirlwall hat dargelegt, dass das

Produktpotenzial von der für den Export bestimmten Produktion sowie von der Import-Produkt Elastizität abhängt. Um wirtschaftlich zu wachsen muss man exportieren und den Anstieg der Importe kontrollieren. Um uns zu entwickeln bedarf es mehr als Wirtschaftswachstum, aber ohne Wachstum ist es wirtschaftlich, sozial und politisch unmöglich. Wir sollten Wirtschaftswachstum nicht verherrlichen, aber ohne geht es auch nicht. Welcher Ökonom widersteht heute der Theorie von Waren und Devisen? Ist es möglich die Produktivkräfte jeglicher Wirtschaft zu verwandeln wenn Mangel und Schwarzmärkte an der Tagesordnung sind?

Leider ist die Abhängigkeit nach ausländischen Devisen zu einer gefährlichen Sucht geworden. Die schlechte Wechselkurspolitik und die zahlreich unterzeichneten Freihandelsabkommen haben zu einer Aufwertung unserer Währung geführt und dies verschlimmert unsere Lage. Die Überwindung jeglicher Sucht ist schmerzhaft, eine Darlegung der notwendigen politischen Schritte übersteigt jedoch das Ausmaß dieses Artikels. Wir brauchen sowohl die Devisen-Einnahmen aus dem Rohstoffsektor und gleichzeitig eine Diversifikation der Exporte und der Wirtschaft. Eine Wirtschaft die allein auf dem Export beruht funktioniert nicht, eine die auf ihn verzichten möchte genauso wenig. Erstere führt zu hohen Deviseneinnahmen, wenig Arbeitsplätze und aufgrund der perversen Effekte der *Holländischen Krankheit* zu einem Rückgang der lokalen Produktion. Letztere Option führt auch zum wirtschaftlichen Stillstand, zu Arbeitslosigkeit und Warenknappheit. Wir brauchen eine multisektorielle Perspektive. Die neoliberalen Ökonomen sprechen immer noch von den absoluten und vergleichbaren Wettbewerbsvorteilen. Wir dagegen sprechen von den dynamischen Wettbewerbsvorteilen.

Die produktive Diversifikation ist eine dringende Aufgabe, gerade weil die mittel- und langfristige Perspektive der globalen Märkte nicht rosig ist. Wir müssen jedoch auch realistisch bleiben, denn solch ein Wandel geschieht nicht von einem Tag auf den anderen. Es wird Jahre dauern und wir werden dabei aus unseren Fehlern lernen müssen. Es gibt eine internationale wissenschaftliche Debatte, wie man diesen Prozess gestalten kann. Auch viele von uns in Peru tragen theoretisch und praktisch zu dieser Diskussion bei, aber es wird noch lange dauern bis wir Ergebnisse sehen. Wir glauben jedoch auch, dass wir bereits wichtige Voraussetzungen zur Entwicklung haben. Hierfür müssen wir die lokalen Wirtschaftsprojekte fördern: Ökologischer und gemeinschaftlicher Tourismus, Bioproduktion, Biotechnologie, familiäre Landwirtschaft, biologische Landwirtschaft, Genossenschaften, Fairtrade, Umweltdienstleistungen. Bis solche Projekte funktionieren, dauert es jedoch mindestens drei bis fünf Jahre. Wir dürfen nicht Illusionen verbreiten. Die Liste der Aufgaben um das Wachstum und die Entwicklung voranzubringen ist lang. Hierzu gehören die Reform der staatlichen Institutionen, makroökonomische Stabilität, die Reduzierung der extremen Ungleichheit sowie die Beseitigung der extremen Armut. Wir müssen unsere Infrastruktur verbessern, Ernährungs- und Energiesicherheit gewährleisten, Arbeitsrechte sichern, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und ein System zur finanziellen Unterstützung der Produktivkräfte schaffen.

Indem wir sagen, dass wir die exportierenden Sektoren brauchen, heißt dies nicht dass sie machen dürfen was sie wollen. Über die letzten Jahre haben wir über die zahlreichen wirtschaftlichen Probleme jener Sektoren geschrieben. Die Liste ist lang, dazu gehören die Umweltprobleme, eingeschränkte Produktionsketten und wenig Arbeitsplätze; negative Auswirkungen auf andere produzierende Sektoren der Wirtschaft, auf andere Personen und Gemeinschaften; hoher Ausstoß von Treibhausgasen; die holländische Krankheit und die Abhängigkeit von den Preisen auf dem

Weltmarkt. Hinzu kommen andere soziale und politische Auswirkungen die wir mit dem richtigen Augenmaß bewerten müssen, denn es gibt auch maßlose Übertreibungen. Als die globale Nachfrage und die Weltmarktpreise auf ihrem Höhepunkt waren, haben wir vorgeschlagen die Produktionsmengen zu regulieren (Alarco, 2011).

Kurz gesagt schlagen wir vor, dass jegliche Aktivität im Öl- und Bergbausektor für die Umwelt mittel- und langfristig verträglich ist. Wir müssen uns auch um die Zeit nach der Schließung von Förderstätten kümmern. Ebenso sollte die Zivilgesellschaft in die Überwachung von Umweltstandards einbezogen werden und formelle Konsultationsverfahren etabliert werden. Die lokalen und regionalen Regierungen müssen von Beginn an in die Prozesse der Umweltstudien eingebunden sein, Transparenz und Rechenschaftspflicht ist wichtig; Strategische Umweltstudien wenn nötig; die lokale und regionale Wirtschaft muss von extraktiven Projekten mehr profitieren und falls möglich eine verbesserte Flächennutzungsplanung umgesetzt werden.

Im *Laudato si* beschreibt Papst Franziskus die nötigen Voraussetzungen, um die ökologischen Auswirkungen solcher Projekte besser voraussehen zu können: transparente politische Prozesse die stets den Dialog fördern. Entscheidungen sollten stets zwischen möglichen Risiken und Profiten abwägen wie z.B.: Lärm, visuelle Verschmutzung oder dem Verlust von kulturellen Werten. Papst Franziskus schlägt mehrere Fragen vor, die wir uns immer stellen sollten wenn wir ein Projekt bewerten dass zur Entwicklung beitragen soll: Für was? Warum? Wo? Wann? Wie? Für Wen? Welche Risiken gibt es? Wie viel kostet das? Wer trägt wie die Kosten? (184, 185).

Reflexion

Es ist legitim das „Buen Vivir“ zu verinnerlichen, zu praktizieren und umzusetzen. Besser gefällt mir aber Alberto Acostas Konzept des „Guten Zusammenlebens“ [Buenos Convivires]. Die peruanische Gesellschaft setzt sich aus vielen Kulturen zusammen. Kulturen aus dem Amazonasgebiet und den Anden sind zentral, sie sind jedoch nicht alles. Wir müssen unsere tausendjährige Vergangenheit erhalten und hervorheben, aber der Weg zurück bringt nichts. Uns gefallen Spaziergänge, die uns neue Orte zeigen und uns große Strecken zurücklegen lassen. Uns gefallen die kleinen Schritte, welche weniger Risiken bergen. Viele kleine Änderungen können große Wirkungen haben. Mir gefallen weder die Utopien noch die Etiketten. Ich weigere mich zu sagen, dass das Wirtschaftssystem gewechselt werden muss. Vielmehr denke ich, dass es realistisch, angebracht und möglich ist es zu ändern. Iñigo Errejón hat in einer Diskussion mit Pablo Iglesias vor ein paar Tagen gesagt, dass es darum geht das Volk zu verführen da es uns noch nicht vertraut (durch Überzeugungsarbeit und der Schaffung von Konsens). Ich stimme voll und ganz zu, dass die politische Ökonomie die Lebensqualität der Menschen verbessern und ihren Entscheidungsspielraum vergrößern sollte. Ich habe sicher nicht das ideale Modell des Zusammenlebens für alle Menschen unserer Gesellschaft. Es wäre anmaßend und nahezu totalitär so etwas zu behaupten. Es geht darum in komplexen nationalen und internationalen Umständen ein Gleichgewicht zu finden. Es ist wichtig zu träumen, aber dabei darf man nicht den Boden unter den Füßen verlieren. Dies sind die größten Herausforderungen. *Laudato Si* und die Doktrin der Katholischen Kirche bieten gute Lösungen für unser heutiges Peru. Nach allem was ich gesagt habe, werden sie bestimmt wieder sagen dass ich ein Progressist oder ein Sozialdemokrat bin. Sollen sie doch.

Quelle: German Alarco/Herejías Económicas, Gestión, Perú: 26. September 2016.
(<http://blogs.gestion.pe/herejias-economicas/2016/09/la-transformacion-posible-y-el-post-extractivismo-una-respuesta-a-eduardo-gudynas.html>)

(Anmerkung: Übersetzung des spanischen Textes mit dem Wunsch, auch die nicht spanisch Sprechenden an dieser Diskussion teilhaben zu lassen. Diese Fassung ist als Beitrag zur Diskussion gedacht. Abdruckgenehmigungen sind nur bei den Autoren einzuholen. München – November 2016, Nord Süd Forum e.V. und AK München-Asháninka. Kontakt: akma@nordsuedforum.de)

[1] Progresismo bedeutet auf spanisch Fortschrittlichkeit. In Lateinamerika wird der Begriff für sogenannte Fortschrittliche Bewegungen verwendet.

VERANSTALTUNGEN

- **Köln**

Das jährliche Peru-Seminar der Infostelle findet dieses Jahr vom **28. – 30. April 2017** in Köln statt.

Arbeitstitel: „**Wohin geht Peru?**“ - „**Was bewegt die Jugend? Wie bewegt sie sich?**“

Nähere Informationen und Programm an dieser Stelle in Kürze oder bei merk@infostelle-peru.de

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird unterstützt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie von der Peru-Partnerschaft der Erzdiözese Peru,



Caritas international und der Stiftung Umverteilen.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

